

Gemeinde Neuzelle

vertreten durch das Amt Neuzelle

Auswertung der Stellungnahmen

**zum Flächennutzungsplan „Gemeinde Neuzelle, OT
Möbiskrüge, 2. partielle Änderung“
i. d. F. Vorentwurf vom Oktober 2024**

Unterrichtung der Behörden, TÖB und Nachbargemeinden

Aufforderung zur Stellungnahme

am 11.11.2024

Fristsetzung

bis zum 13.12.2024

Unterrichtung der Öffentlichkeit

Öffentliche Auslegung

vom 13.11.2024 bis zum 13.12.2024

Redaktionsschluss

11.03.2025

Übersicht beteiligte Behörden, Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden

Die nachfolgende Tabelle gibt eine Übersicht über alle zum entsprechenden Planungsstand beteiligten Behörden, Träger öffentlicher Belange sowie sonstige Stellen.

Die **hervorgehobenen Stellen** haben abwägungsbeachtliche Belange vorgetragen. In der Abwägungstabelle wird daher auf die einzelnen Stellungnahmen gesondert abwägend eingegangen.

Die *zurückhaltend formatierten Stellen* wurden zu diesem Planungsstand nicht mehr gesondert angeschrieben, werden durch den hier auszuwertenden Entwurf nicht berührt oder es haben sich hinsichtlich der durch diese Stelle vertretenen Belange gegenüber der Vorgängerfassung der Planung, die ggf. bereits in der Beteiligung war, keine Änderungen ergeben.

Die nicht gesondert gekennzeichneten Stellen haben dem Entwurf zugestimmt und / oder keine weiteren abwägungsbeachtlichen Belange dagegen vorgetragen. In der nachfolgenden Abwägungstabelle wird daher auf diese Stellungnahmen nicht mehr gesondert eingegangen. Der Plangeber hat sich mit diesen Stellungnahmen jedoch insoweit ermittelnd und abwägend auseinandergesetzt, dass diese keine abwägungsbeachtlichen Belange enthalten.

	beteiligte Behörde, Träger öffentlicher Belange, Nachbargemeinde	Stn. vom
1	Gemeinsame Landesplanungsabteilung	03.12.2024
2	Regionale Planungsgemeinschaft Oderland-Spree	13.12.2024
3	Landkreis Oder-Spree	16.12.2024
4	Landesamt für Umwelt	25.11.2024
5	Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung	12.11.2024
6	BLDAM - Abt. Denkmalpflege	keine Stellungnahme
7	BLDAM - Abt. Bodendenkmalpflege	02.12.2024
8	Zentraldienst der Polizei (ZDPol) Land Brandenburg, Kampfmittelbeseitigungsdienst	20.11.2024
9	Landesbetrieb Straßenwesen	17.12.2024
10	Landesamt für Bauen und Verkehr	10.12.2024
11	Forstamt Oder-Spree	19.11.2024
12	Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe Brandenburg	21.11.2024
13	Wasser- und Bodenverband "Schlaubetal/Oderauen"	keine Stellungnahme
14	Landesbüro anerkannter Naturschutzverbände GbR	15.11.2024
15	Deutsche Telekom Technik GmbH	11.11.2024
16	EWE Netz GmbH	18.11.2024
17	e.dis AG	keine Stellungnahme
18	Trinkwasser- und Abwasserzweckverband Oderaue	13.12.2024
19	Gemeinde Lawitz, vertreten durch Amt Neuzelle	keine Stellungnahme
20	Stadt Eisenhüttenstadt	21.11.2024
21	Gemeinde Schlaubetal, vertreten durch Amt Schlaubetal	keine Stellungnahme
22	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr	25.11.2024
23	50Hertz Transmission GmbH	15.11.2024
24	BVVG Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH	keine Stellungnahme
25	Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg	13.12.2024
26	Gemeinde Neißemünde, vertreten durch Amt Neuzelle	keine Stellungnahme
27	Gemeinde Schenkendöbern	keine Stellungnahme
28	Stadt Guben	13.11.2024
29	Gemeinde Grunow-Dammendorf	keine Stellungnahme
30	Gubener Wasser- und Abwasserzweckverband (GWAZ)	29.11.2024
31	Ortsvorsteher Gemeinde Neuzelle OT Möbiskrüge, Marcel Budras	keine Stellungnahme

Übersicht Stellungnahmen der Öffentlichkeit

Von der Öffentlichkeit wurden zum entsprechenden Planungsstand bis zum Redaktionsschluss keine Stellungnahmen abgegeben oder Hinweise vorgebracht.

Vorbemerkung zu dieser Zusammenstellung

Der im nachfolgenden Material verwendete Begriff „die Gemeinde“ ist der im Landesrecht definierte und einheitlich so auch im BauGB verwendete rechtlich korrekte Begriff für eine Gebietskörperschaft, die als Plangeberin eines Bauleitplans fungieren kann – unabhängig deren Satus als „Stadt“, „Markt“, „Samtgemeinde“ o. ä. administrativer / deklaratorischer oder regionaler Besonderheiten.

In der linken Spalte sind jeweils die relevanten Inhalte der Stellungnahme – wenn nicht anders vermerkt, weitestgehend wörtlich – wiedergegeben.

Evtl. redaktionelle Anmerkungen sind durch eckige Klammern; nicht abwägungsrelevanter Inhalt i. d. R. durch Auslassungspunkte [...] gekennzeichnet.

In der rechten Spalte ist der Abwägungsvorschlag mit der sich daraus ergebenden Konsequenz und – sofern erforderlich – Begründung enthalten.

Sich aus der Stellungnahme ergebender oder nicht-ergebender Änderungsbedarf an den Planunterlagen ist durch eine farbliche Hervorhebung gekennzeichnet:

(Tieferegehende) Änderungen sind dabei rot gekennzeichnet.

Lediglich redaktionelle Änderung sind grün gekennzeichnet.

Die Beschreibungen der konkreten Änderungen werden durch Unterstreichung hervorgehoben.

Auswertung der Stellungnahmen aus der Beteiligung der Behörden, TöB und Nachbargemeinden

Nachfolgend sind die Stellungnahmen der Behörden, Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden mit abwägungsrelevantem Inhalt behandelt (in der Übersicht der beteiligten Behörden und TÖB hervorgehoben).

1. Gemeinsame Landesplanungsabteilung

1

Beurteilung der Planungsabsicht auf Grundlage der Landesplanung, der Braunkohlenpläne und des BRP HV: **Kenntnisnahme**

Ziele der Raumordnung stehen nicht entgegen

Die GL äußert sich im Rahmen der Behördenbeteiligung an kommunalen Bauleitplanungen zu den Inhalten der Landesplanung (LEPro, LEP HR, LEP FS), der Braunkohleplanung sowie des BRP HV. Die Belange der Regionalplanung, insbesondere auch die beachtenspflichtigen regionalplanerischen Ziele, werden Ihnen durch Stellungnahme der Regionalen Planungsgemeinschaft übermittelt. Die Regionale Planungsgemeinschaft ist als Träger öffentlicher Belange durch die Kommune direkt zu beteiligen.

Die Regionale Planungsgemeinschaft Oderland-Spree ist ebenfalls vom Vorentwurf unterrichtet worden.

Die Stellungnahme ist berücksichtigt.

Erläuterungen

Mit der o. g. Änderung des FNP (von derzeit „Fläche für die Landwirtschaft“ in künftig „Sonstiges Sondergebiet mit der Zweckbestimmung Freiflächen-PV-Anlage“) sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Entwicklung eines parallel in Aufstellung befindlichen Bebauungsplans (vorhabenbezogener BP Nr. 13 „PVA Neuzelle/Möbiskrüge“) geschaffen werden.

Für den angezeigten FNP-Änderungsbereich sind in der Festlegungskarte des LEP keine flächenbezogenen Festsetzungen (i. S. v. beachtenspflichtigen Zielen) getroffen worden.

Zum Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung gibt es von unserer Seite keine Hinweise. Eigene umweltbezogene Informationen liegen bei der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung nicht vor.

Kenntnisnahme

Rechtliche Grundlagen zur Beurteilung der Planungsabsicht

- Landesentwicklungsprogramm 2007 (LEPro 2007) vom 18.12.2007 (GVBl. I S. 235)
- Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) vom 29.04.2019 (GVBl. II, Nr. 35)
- Landesentwicklungsplan Flughafenstandortentwicklung (LEP FS) in der Fassung der Verordnung vom 30.05.2006 (GVBl. II S. 153)

Die Beurteilung aufgrund der folgenden Regionalpläne bzw. Entwürfe erhalten Sie durch die Regionale Planungsgemeinschaft:

- Sachlicher Teilregionalplan „Regionale Raumstruktur und Grundfunktionale Schwerpunkte“ der RPG Oderland-Spree, in Kraft getreten mit Bekanntmachung der Genehmigung im ABl. Nr. 42 vom 27.10.2021, S. 812
- Entwurf des sachlichen Teilregionalplans (TPR)

Die Aufführung der raumordnerischen Grundlagen wird mit der in der Begründung unter Punkt 2.1 enthaltenen abgeglichen.

Aus der Stellungnahme ergeben sich redaktionelle Änderungen an den Unterlagen der FNP-Änderung.

Erneuerbare Energien der Region Oderland-Spree vom 29.01.2024, öffentliche Auslegung vom 11.03.2024 bis 17.05.2024; im Internet aufrufbar unter <https://www.rpg-oderland-spree.de/regionalplaene/sachlicher-teilregionalplan-erneuerbare-energien>.

2. Regionale Planungsgemeinschaft Oderland-Spree

2

Die Gemeinde Neuzelle plant die Änderungen des Flächennutzungsplans, um die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen (PV-FFA) zu schaffen. Das Plangebiet umfasst ca. 41 ha und befindet sich auf landwirtschaftlichen Flächen.

Ziele und sonstige regionalplanerische Erfordernisse der Raumordnung stehen dem Vorhaben nicht entgegen.

Weitere Hinweise:

Die Regionalversammlung Oderland-Spree beschloss am 29. Januar 2024 die öffentliche Auslegung des Entwurfs Sachlicher Teilregionalplan „Erneuerbare Energien“ Oderland-Spree (TRP EE) mit Begründung und Umweltbericht (Beschluss-Nr. 24/01/47). Die öffentliche Bekanntmachung über die förmliche Beteiligung zum Entwurf des sachlichen Teilregionalplans „Erneuerbare Energien“ erfolgte am 28.02.2024 (ABl. Nr.8).

In der o. g. Sitzung wurde die Festlegung (G1) und das Kriteriengerüst PV-FFA zur Steuerung der Solarenergienutzung auf Freiflächen in dem TRP EE beschlossen. Diese finden Sie in der Anlage 1 zum Beschluss Nr. 24/01/47 auf unserer Homepage unter Regionalpläne.

Gemäß G 1 TRP EE sollen die Träger der kommunalen Bauleitplanung durch Berücksichtigung des Kriteriengerüsts zu einer raumverträglichen Entwicklung von raumbedeutsamen Photovoltaik-Freiflächenanlagen beitragen.

Kenntnisnahme

In der Begründung werden zusätzliche Ausführungen zum Verhältnis der Planungen zu den Inhalten bzw. dem Kriteriengerüst des TRP EE aufgenommen.

Aufgrund des aktuellen Verfahrensstands des TRP EE wird dieser als sonstiges Erfordernis der Raumordnung behandelt.

Aus der Stellungnahme ergeben sich Änderungen an den Unterlagen der FNP-Änderung.



Kartografische Analyse des Standorts für das sonstige Sondergebiet „Photovoltaik“ (P)

Kriteriengerüst PV-FFA (Auszug)

Status	Legende	Bezeichnung des Negativkriteriums
Berücksichtigt		[N 15] Böden mit einem hohen Erfüllungsgrad ihrer Bodenfunktion – besonders klimarobuste Böden
Berücksichtigt		[N 16] VR Windenergienutzung
Berücksichtigt		[N 11] Waldgebiete
Berücksichtigt		[N 02] Abstandszone zu Siedlungsgebieten und sonstigen geschützten Nutzungen

Die Erfordernisse der Landesplanung – LEPro und LEP HR – entnehmen Sie der Stellungnahme der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung.

Die Gemeinsame Landesplanungsabteilung ist ebenfalls vom Vorentwurf unterrichtet worden.

Die Stellungnahme ist berücksichtigt.

3. Landkreis Oder-Spree

Zum Planentwurf äußern sich die beteiligten Ämter und Behörden wie folgt: **Kenntnisnahme**

Keine Einwände

Umweltamt, SG Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde

3 Umweltamt, SG untere Naturschutzbehörde

Die betroffene Fläche ist im aktuellen Flächennutzungsplan (FNP) als Fläche für Landwirtschaft ausgewiesen. Mit der 2. Änderung des FNP soll die Fläche in Sonstiges Sondergebiet mit Zweckbestimmung „Photovoltaik (PV)“ umgewandelt werden.

Kenntnisnahme

Einwendungen

Landschaftsplan

Nach § 11 Abs. 2 BNatSchG sind Kommunen verpflichtet Landschaftspläne aufzustellen, sobald und soweit dies im Hinblick auf Erfordernisse und Maßnahmen im Sinne des § 9 Abs. 3 S. 1 Nr. 4 erforderlich ist, insbesondere, weil wesentliche Veränderungen von Natur und Landschaft im Planungsraum eingetreten, vorgesehen oder zu erwarten sind. Die im Zusammenhang mit der Änderung des Flächennutzungsplanes vorgesehene Inanspruchnahme von Flächen für großräumige Photovoltaik-Freiflächenanlagen ist als wesentliche Veränderung von Natur und Landschaft zu bewerten.

Der Landschaftsplan der Gemeinde Neuzelle ist bereits aus dem Jahr 1997, von daher ist dieser zumindest parallel zu aktualisieren oder neu aufzustellen.

Da in der Gemeinde Neuzelle weitere Plangebiete zu Photovoltaik-Freiflächenanlagen vorgesehen sind, ist ein Erfordernis für die Landschaftsplanung gegeben.

Hinweis: In diesem Zusammenhang können Maßnahmenflächen (Flächenpools für Ausgleich/ersatz) dargestellt werden und mehreren Eingriffsvorhaben zugeordnet werden. Damit kann eine optimale Kompensation eingriffsnah erfolgen und Planungsprozesse beschleunigt werden.

Ohne einen aktuellen Landschaftsplan laufen lt. Rechtsauffassung des MLUK die Kommunen Gefahr, Fehler bei der Zusammenstellung des für die bauleitplanerische Abwägung erforderlichen Abwägungsmaterials im Hinblick auf die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu machen. Für die Gemeinden besteht das Risiko, fehlerhafte und damit rechtlich angreifbare und nicht vollziehbare Bauleitpläne aufzustellen.

Die Gemeinde plant die Erstellung eines neuen Flächennutzungsplans zusammen mit einem Landschaftsplans.

Da dieser Landschaftsplan aber nicht rechtzeitig vorliegen wird und die Erzeugung erneuerbarer Energie ein überragendes öffentliches Interesse darstellt (vgl. §2 EEG), hat sich die Gemeinde dazu entschlossen, die vorliegenden Planungen dennoch voranzubringen, um zeitnah über die FNP-Änderung bzw. den parallel dazu in Aufstellung befindlichen Bbauungsplan Nr. 13 einen Beitrag leisten zu können.

In den vorliegenden Planungen werden bereits das Landschaftsprogramm des Landes Brandenburg, der LEP-HR und der Landschaftsrahmenplan des Landkreises herangezogen, um die Aussagen des alten LPs zu überprüfen und die landschaftsplanerischen Belange zu berücksichtigen.

Im Zuge des parallel in Aufstellung befindlichen Bbauungsplan wird zudem ein landschaftspflegerischer Fachbeitrag erarbeitet.

Die Gemeinde sieht daher die landschaftspflegerischen Belange unter Beachtung der aktuellen Veranlassung und Bedeutung der Planungen als ausreichend berücksichtigt.

Die Stellungnahme ist berücksichtigt.

Gesamtkonzept Photovoltaik-Freiflächenanlagen der Gemeinde Neuzelle

Für die Gemeinde Neuzelle wurde anhand von bestimmten Kriterien ein Gesamtkonzept-

In den vorliegenden Planungen werden bereits das Landschaftsprogramm des Landes Brandenburg, der LEP-HR und der Landschaftsrahmenplan des Landkreises herangezogen, um die Aussagen des alten

Photovoltaik-Freiflächenanlagen erstellt. Eine Gesamtbetrachtung des Gemeindegebietes wird begrüßt, es sind jedoch in dieser Gesamtbetrachtung auch naturschutzfachliche Kriterien (Aussagen Landschaftsprogramm, Biotopverbund...) aufzunehmen.

Im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zu diesem Konzept (Juli 2023) hat die untere Naturschutzbehörde darauf hingewiesen, dass zumindest der Landschaftsrahmenplan des Landkreises Oder-Spree, insbesondere der Kriterienkatalog PV und die Karte mit den Raumwiederständen im Gesamtkonzept der Gemeinde zu berücksichtigen ist.

LPs zu überprüfen und die landschaftsplanerischen Belange zu berücksichtigen.

Im Zuge des parallel in Aufstellung befindlichen Bebauungsplan wird zudem ein landschaftspflegerischer Fachbeitrag erarbeitet.

Die Gemeinde sieht daher die landschaftspflegerischen Belange als ausreichend berücksichtigt.

Die Stellungnahme ist berücksichtigt.

Artenschutz (Pkt. 6.5.5)

Es ist richtig, dass die Belange des Artenschutzes abschließend mit dem konkreten Bauvorhaben beurteilt werden können. Auf der Ebene des Flächennutzungsplanes sind jedoch zumindest Aussagen zu treffen, ob anhand des vorliegenden konkreten Lebensraumes bezüglich möglicher Arten planungsrelevante Konflikte entstehen können. Diese Aussagen anhand der konkreten Fläche wurden nicht getroffen. Weist der Flächennutzungsplan auf artenschutzrechtliche Konflikte hin, muss sich die Gemeinde mit den artenschutzrechtlichen Anforderungen im Rahmen des nachfolgenden Bebauungsplanes auseinandersetzen.

Vorliegend handelt es sich um eine intensiv bewirtschaftete Ackerfläche. Diese Fläche grenzt an Wald sowie an einen vorhandenen Weg an.

Für den Standort ist mit Arten der Agrarlandschaft wie Feldlerche, Goldammer, Braunkehlchen, Bluthänfling usw. zu rechnen. Von daher ist zu beachten, dass planungsrelevanten Arten bei Funktionsverlust des Reviers, wie beispielsweise der Feldlerche, Flächen für die Sicherung ihres Fortbestandes bereitgestellt werden müssen. Es sind innerhalb des Plangebietes größere Offenflächen zu sichern und diese als optimalen Lebensraum gestaltet bzw. aufgewertet werden. Anderenfalls sind Maßnahmen außerhalb des Plangebietes bereitzustellen, wie die Umwandlung von Acker in extensives Grünland.

Insgesamt geht es darum, dass möglichst frühzeitig erkannt wird, ob ggf. ein Erfordernis einer Änderung des Plangebietes (z. B. Reduzierung) besteht oder ob FCS-Flächen außerhalb des Plangebietes (Flächenverfügbarkeit) geprüft werden muss.

Der vorliegende FNP ermöglicht noch keine Eingriffe und löst somit auch keine potenziellen artenschutzrechtlichen Konflikte aus.

Im Zuge des parallel in Aufstellung befindlichen Bebauungsplan wird zudem ein Artenschutz-Fachbeitrag erarbeitet.

durch die Gemeinde angestrebt.

In den vorliegenden Planungen werden zudem bereits das Landschaftsprogramm des Landes Brandenburg, und der Landschaftsrahmenplan des Landkreises herangezogen.

Die Gemeinde sieht daher die artenschutzrechtlichen Belange als ausreichend berücksichtigt.

Die Stellungnahme ist berücksichtigt.

Fazit:

Aufgrund der zu erwartenden erheblichen Veränderungen von Natur und Landschaft im gesamten Gemeindegebiet ist durch die Gemeinde eine Landschaftsplanung zu erstellen.

Die Gemeinde plant die Erstellung eines neuen Flächennutzungsplans zusammen mit einem Landschaftsplans.

Da dieser Landschaftsplan aber nicht rechtzeitig vorliegen wird und die Erzeugung erneuerbarer Energie ein überragendes öffentliches Interesse darstellt (vgl. §2 EEG), hat sich die Gemeinde dazu entschlossen, die vorliegenden Planungen dennoch voranzubringen, um zeitnah über die FNP-Änderung bzw. den parallel dazu in Aufstellung befindlichen Bebauungsplan Nr. 13 einen Beitrag leisten zu können.

In den vorliegenden Planungen werden bereits das Landschaftsprogramm des Landes Brandenburg, der LEP-HR und der Landschaftsrahmenplan des Landkreises herangezogen, um die Aussagen des alten LPs zu überprüfen und die landschaftsplanerischen Belange zu berücksichtigen.

Im Zuge des parallel in Aufstellung befindlichen Bebauungsplan wird zudem ein landschaftspflegerischer Fachbeitrag erarbeitet.

Die Gemeinde sieht daher die landschaftspflegerischen Belange unter Beachtung der aktuellen Veranlassung und Bedeutung der Planungen als ausreichend berücksichtigt.

Die Stellungnahme ist berücksichtigt.

Insgesamt ergeben sich für die vorliegende Planung einer Freiflächenphotovoltaikanlage Möbiskrüge/Neuzelle erhebliche Auswirkungen auf die Schutzgüter Boden, Arten und deren Lebensräume sowie Landschaftsbild.

Für das Plangebiet sind aus naturschutzfachlicher Sicht geeignete Maßnahmen für die betroffenen Schutzgüter möglich. In der nachgelagerten Planung sind Maßnahmen, wie die Anlage von Gehölzstrukturen in Form einer Hecke aus Bäumen und Sträuchern entlang des Weges zielführend. Die Anlage einer entsprechenden Gehölzstruktur führt zu einer Minimierung der Beeinträchtigungen auf das Landschaftsbild und zu einer Abschirmung des Anlagenstandortes (Verbesserung/Beibehaltung der ortsnahen Naherholung).

Auch eine Waldrandgestaltung unter Berücksichtigung der ggf. vorkommenden bestehenden Arten ist vorstellbar. Landschaftsprägende Elemente, wie Trockenrasen, Flechtengesellschaften, alte Randbäume, Lesesteinhaufen, Totholz sind in die Waldränder zu integrieren. Sie dürfen nicht durch Überpflanzung beseitigt werden.

Innerhalb des Plangebietes sind ausreichend Flächen für Arten der Agrarlandschaft aufzuwerten. Dabei geht es um einen ausreichenden Abstand zwischen den Modulen und/oder größere zusammenhängende Flächen. Hierzu gehören auch Flächen, die als Wanderkorridor für Großsäuger, genutzt werden können.

Nur so kann der künftige Anlagenstandort auch für bestimmte Arten einen Lebensraum bieten sowie einen Beitrag für die Biodiversität leisten und zu einer höheren Akzeptanz beitragen.

Im parallellaufenden Verfahren zur Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 13 "Photovoltaikfreiflächenanlage Neuzelle / Möbiskrüge" müssen für diese Fläche ein Umweltbericht sowie ein Artenschutzfachbeitrag erstellt werden. Diese müssen eine Eingriffsbilanzierung sowie Vermeidungs-, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen enthalten.

Im Zuge des parallel in Aufstellung befindlichen Bebauungsplan wird, unter Heranziehung der nötigen Fachbeiträge, ein Umweltbericht erarbeitet. Dieser setzt sich mit den Schutzgütern und den nötigen Maßnahmen auseinander.

Die Stellungnahme ist berücksichtigt.

4 Amt für Kreisentwicklung und Infrastruktur, Stabstelle Ländliche

Entwicklung/Kreisplanung

Gemäß des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) ist im Interesse des Klimaschutzes, der weiteren Reduzierung von Treibhausgasen durch komplexe Umsetzung von Maßnahmen, u. a. der Nutzung regenerativer Energien, Rechnung zu tragen. Voraussetzungen für den weiteren Ausbau regenerativer Energieträger sollen an geeigneten Standorten geschaffen werden. Die Eignung über Gebiete für die Solarenergienutzung sind in den Regionalplänen festzulegen. Daher sollten die aus dem Entwurf des sachlichen Teilregionalplan „Erneuerbare Energien“ genannten Planungsabsichten und voraussichtlichen Kriterien zur Steuerung der Photovoltaikanlagen (Kriteriengerüst_PV_FFA_TRP_EE_Entwurf) sowie die Planungshilfe Freiflächen-Photovoltaikanlagen der RPG Oderland-Spree, berücksichtigt werden.

Darüber hinaus können Sie über das Tool vom Projekt „EmPowerPlan“ die Eignung der ausgewiesenen Fläche oder zukünftiger PV-Flächen selbst vorprüfen und außerdem Ausbauszenarien für Ihre Kommune berechnen lassen. Link: <https://epp.rl-institut.de/de/>

Der vom Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) definierte Freiraumverbund wird von der oben beschriebenen Maßnahme nicht tangiert. Durch die Planung wird somit kein Freiraum im Sinne des LEP HR in Anspruch genommen oder neu zerschnitten. Dennoch wird der Freiraum für die Fauna durch die Abgrenzung der Anlage, mittels Zaun, eingeschränkt, weshalb die Schaffung von Wildkorridoren ermöglicht werden sollten.

In der Begründung werden zusätzliche Ausführungen zum Verhältnis der Planungen zu den Inhalten bzw. dem Kriteriengerüst des TRP EE aufgenommen.

Aufgrund des aktuellen Verfahrensstands des TRP EE wird dieser als sonstiges Erfordernis der Raumordnung behandelt.

In diesem Zusammenhang werden zudem auch Migrationskorridore im geplanten Solarpark geprüft und umgesetzt. Eine Festsetzung dieser findet aufgrund der Maßstabsebene jedoch erst im parallel in Aufstellung befindlichen Bebauungsplan statt.

Aus der Stellungnahme ergeben sich Änderungen an den Unterlagen der FNP-Änderung.

Bezüglich der Eignung der konkreten Fläche für einen Solarpark und die Definition der Ausbauszenarien hat sich die Gemeinde ein eigenes Entwicklungskonzept gegeben. Eine zusätzliche Prüfung über das Projekt „EmPowerPlan“ ist daher aus Sicht der Gemeinde nicht nötig.

Der Empfehlung wird nicht gefolgt.

5 Amt für Kreisentwicklung und Infrastruktur, SG Kreisliche Infrastruktur/Straßenaufsicht

Die straßenrechtlichen Belange der Straßenbauverwaltungsbehörde des Landkreises Oder-Spree werden von den Inhalten des Vorentwurfes zur Aufstellung der 2. partiellen Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Neuzelle, OT Möbiskrüge in der Gemarkung Möbiskrüge, Flur 3 nicht berührt.

Kenntnisnahme

6 Umweltamt, SG Untere Wasserbehörde

Niederschlagsversickerung / Grundstücksentwässerung

In Zeile 276 wird angegeben, dass das auf der Änderungsfläche anfallende Niederschlagswasser vor Ort versickern soll.

Bevor Festlegungen zur Versickerung getroffen werden, sollte die Versickerungsfähigkeit des Untergrundes / Bodens geprüft werden. Hierfür ist insbesondere der Durchlässigkeitsbeiwert maßgebend. Im Rahmen der weiteren Planung sollte ein Baugrundgutachten erstellt werden, dass die Betrachtung der hydrogeologischen Gegebenheiten umfasst.

Neben dem Grundwasserflurabstand zeigt auch die im bereits im Bestand bei allen Änderungsflächen stattfindende Versickerung des anfallenden Niederschlagswasser über die belebte Bodenzone, dass eine Versickerung vor Ort grundsätzlich möglich ist.

Zudem bestehen aus Sicht der Gemeinde ausreichend technische Umsetzungsmöglichkeiten, wenn im Einzelfall dennoch Probleme mit der Versickerungsfähigkeit des Bodens auftreten sollten.

Die Stellungnahme ist berücksichtigt.

Grundwasser

Laut den Karten des Grundwasserflurabstandes Brandenburg, die im Jahre 2013 erarbeitet worden sind und deren Grundlagen Stichtagsmessungen

Im Rahmen des konkreten Bauantrags ist ein Nachweis über die Art und Weise bzw. die technische Umsetzung der Niederschlagswasserversickerung sowie über den Umgang mit wassergefährdenden Stoffen zu erbringen.

des Grundwassers an Grundwassermessstellen im Frühjahr 2011 bilden, liegt der Grundwasserflurabstand am Standort zwischen 20,0 und 30,0 m.

Bestimmt man die Differenz zwischen der Höhe der Geländeoberkante und der Grundwasserisolinien so ergibt sich ein Grundwasserflurabstand zwischen 10 und 12 m.

Im Änderungsbereich existieren zudem Lageungsstörungen, sodass hinsichtlich der Hydrogeologie unter Umständen heterogene Verhältnisse anzutreffen sind.

Im weiteren Verfahren sollten die tatsächlichen Grundwasserflurabstände für den Änderungsbe- reich ermittelt werden.

Erheblich negative Auswirkungen auf das Schutzgut Grundwasser durch die Planungen können so ausgeschlossen werden.

In der Begründung werden die Aussagen zur Grundwassersituation im Bereich der Änderungsfläche ergänzt.

Aus der Stellungnahme ergeben sich redaktionelle Änderungen an den Unterlagen der FNP-Änderung.

7 Bauordnungsamt, AG untere Denkmalschutzbehörde

Im Plangebiet sind nach dem derzeitigen Kenntnisstand weder Bau- noch Bodendenkmale betroffen. Vorsorglich wird auf § 11 Brandenburgisches Denkmalschutzgesetz (BbgDSchG) verwiesen.

Ein Durchführungshinweis mit Verweis auf den § 11 BbgDSchG ist in der Begründung bereits unter Punkt 7.1 enthalten.

Die Stellungnahme ist berücksichtigt.

8 Bauordnungsamt, AG Bauleitplanung

Es wird auf die erforderliche Anstoßwirkung bei der Bekanntmachung von Bauleitplanungen hingewiesen.

„Nach der Rechtsprechung (vgl. Nachweise bei Battis/Krautzberger/Löhr, BauGB, 10. Auflage 2007, § 3 RNr. BAKRLOEKO 10 BAUGB § 3 Randnummer 14) hat die Bekanntmachung von Entwürfen von Bauleitplänen in einer Weise zu erfolgen, welche geeignet ist, Anstoßwirkung zu erzeugen, indem dem an der beabsichtigten Planung interessierten Bürger sein Interesse an Information und Beteiligung durch Anregung bewusstmacht und dadurch gemeindliche Öffentlichkeit hergestellt wird. Sie soll dazu herausfordern, mit Anregungen zur Wahrung eigener Rechte im Interesse der Effektivität der Verfahrensschritte zu einer gerechten Abwägung (§ BAUGB § 1 Abs. BAUGB § 1 Absatz 7 BauGB) beizutragen. Hierbei genügt es grundsätzlich, wenn die Bekanntmachung zur Kennzeichnung des Plangebiets an geläufige geografische Bezeichnungen anknüpft.“ OVG Berlin-Brandenburg (2. Senat), Urteil vom 09.04.2008 - OVG 2 A 4.07

Bei der förmlichen Bekanntmachung der Offenlage sollte eine konkrete Bezeichnung des Änderungsbe- reiches erfolgen.

Die Gemeinde wird den Hinweis bei zukünftigen Be- kanntmachungen beachten.

Die Stellungnahme ist berücksichtigt.

Bei der Ausweisung von neuen Standorten für bauliche Nutzungen ist eine Untersuchung von **Standort-alternativen** Bestandteil der Abwägungsentscheidung und in der Begründung darzulegen.

Der Kreisverwaltung liegt der Entwurf des Entwick- lungskonzeptes der Gemeinde Neuzelle Freiflächen- PV-Anlagen“, Stand April 2023 vor. Inwieweit dieses Konzept vervollständigt, weiter ausdifferenziert und beschlossen wurde, ist nicht bekannt.

Die Berücksichtigung dieses städtebaulichen Konzep- tes bei der Aufstellung der Bauleitplanungen sollte konkret dargelegt werden (§ 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB).

Unter Punkt 5.4 erfolgt bereits eine Betrachtung mög- licher Alternativstandorte. Dabei wird auch Bezug auf das Entwicklungskonzept für Freiflächen-Photovoltaik- anlagen der Gemeinde genommen.

Dieses Konzept ist in der Sitzung vom 25.04.2024 durch die Gemeindevertretung Neuzelle beschlossen worden und wird im Punkt 5.3 nochmals genauer be- trachtet.

Die Stellungnahme ist berücksichtigt.

Begründung der Planung

Die Erläuterungen in Begründung und Umweltbericht erfolgen an mehreren Textstellen mit einem Bezug auf

Die entsprechenden Textstellen werden überarbeitet.

den OT Neuzelle, statt auf den OT Möbiskrüge. Dies ist zu korrigieren.

Aus der Stellungnahme ergeben sich redaktionelle Änderungen an den Unterlagen der FNP-Änderung.

Anstrich 255

„Insgesamt sind die fünf betrachteten Flächen von geringer bis mittlerer Bedeutung für das Schutzgut Wasser.“

Hier ist scheinbar ein Textbaustein aus einem anderen UB verwendet worden. Bitte inhaltlich überprüfen.

Die entsprechende Textstelle wird überarbeitet.

Aus der Stellungnahme ergeben sich redaktionelle Änderungen an den Unterlagen der FNP-Änderung.

Anstrich 256

„Die Änderungsfläche weist keinerlei Anschluss an das bestehende Siedlungsgefüge auf und liegt so inmitten frei Landschaft. Im Osten, Süden und Norden; liegt jedoch angrenzender dichter Wald vor.

Dadurch liegt eine landschaftsprägende Wirkung in Richtung Westen und Südosten vor, welche hier aufgrund der Lage am Siedlungsrand und weiten, freien Landschaft sehr deutlich ist.“

Hier ist scheinbar ein Textbaustein aus einem anderen UB verwendet worden. Bitte inhaltlich überprüfen.

Die entsprechende Textstelle wird überarbeitet.

Aus der Stellungnahme ergeben sich redaktionelle Änderungen an den Unterlagen der FNP-Änderung.

Anstrich 258

„Eine lokale Klimawirkung besteht für die Änderungsfläche 1 in Form von Aufheizungen durch die großen, ausgeräumten Flächen.“

Bitte inhaltlich überprüfen.

Die entsprechende Textstelle wird überarbeitet.

Aus der Stellungnahme ergeben sich redaktionelle Änderungen an den Unterlagen der FNP-Änderung.

Anstrich 259

„Insgesamt sind die fünf betrachteten Flächen von mittlerer Bedeutung für das Schutzgut ...“

Bitte inhaltlich überprüfen.

Die entsprechende Textstelle wird überarbeitet.

Aus der Stellungnahme ergeben sich redaktionelle Änderungen an den Unterlagen der FNP-Änderung.

9 Landwirtschaftsamt, SG Agrarentwicklung/ Untere Jagd- und Fischereibehörde

Der Geltungsbereich der vorliegenden Planung soll von einer Fläche für die Landwirtschaft hin zu einem Sonstigen Sondergebiet mit der Zweckbestimmung „Photovoltaik“ geändert werden. Somit berührt das vorliegende Vorhaben landwirtschaftliche Belange.

Positiv muss angemerkt werden, dass einige der betroffenen Flurstücke auch dem bewirtschaftenden Landwirtschaftsbetrieb gehören. Ihm wird so die Möglichkeit gegeben, sich zu diversifizieren und am Markt weiter wettbewerbsfähig zu sein, da ihm die Pachteinahmen aus der Vermietung an das Solarunternehmen eine stabile Einnahmequelle bieten.

Im „Entwicklungskonzept Freiflächen-PV-Anlagen der Gemeinde Neuzelle“ wird der vorliegende Geltungsbereich vorrangig als mögliche Fläche zur Bebauung mit Photovoltaikmodulen abgebildet.

Von Seiten des Landwirtschaftsamtes stehen dem vorliegenden Vorhaben keine Einwände gegenüber.

Ein Hinweis an das Planungsbüro muss von unserer Seite noch erfolgen:

In der vorliegenden Planung sind an mehreren Stellen die Worte „Intensivacker“ und „intensiv genutzte Fläche“ zu lesen.

Kenntnisnahme

Die entsprechenden Stellen werden anderweitig formuliert.

Aus der Stellungnahme ergeben sich redaktionelle Änderungen an den Unterlagen der FNP-Änderung.

Eine Legaldefinition für „Intensivacker“ gibt es nicht. Aus unserer Sicht handelt es sich hierbei um „normale“ (konventionelle) Landwirtschaft.

Die verwendete Begriffswahl kann nicht nachvollzogen werden. Ein Landwirt kann seine Flächen extensiv bewirtschaften, das ist hauptsächlich im ökologischen Anbau die Praxis oder eine Fläche wird konventionell bewirtschaftet. Eine „intensive“ Bewirtschaftung existiert aus unserer Sicht nicht. Die Landwirte arbeiten nach der guten fachlichen Praxis. Der Boden ist ihr Kapital und die umgebende Landschaft ihr Arbeitsumfeld, welches sie zu erhalten wissen.

Wir bitten um Korrektur der Begrifflichkeiten.

4. Landesamt für Umwelt

Die zum o. g. Betreff übergebenen Unterlagen wurden von den Fachabteilungen Naturschutz, Immissionsschutz und Wasserwirtschaft (Prüfung des Belangs Wasserwirtschaft hier bezogen auf die Zuständigkeiten des Wasserwirtschaftsamtes gemäß BbgWG § 126, Abs. 3, Satz 3, Punkte 1-5 u. 8) des Landesamtes für Umwelt (LfU) zur Kenntnis genommen und geprüft. Im Ergebnis dieser Prüfung wird für die weitere Bearbeitung der Planungsunterlagen sowie deren Umsetzung beiliegende Stellungnahme der Fachabteilung Immissionsschutz übergeben. Die Fachabteilung Wasserwirtschaft zeigt keine Betroffenheit an. Eine Stellungnahme aus dem Fachbereich Naturschutz kann aus Kapazitätsgründen nicht erfolgen.

Kenntnisnahme

10 Abteilung Technischer Umweltschutz 1 und 2

1. Einwendungen:

keine

Kenntnisnahme

2. Hinweise zur Festlegung des Untersuchungsumfangs des Umweltberichts:

keine

3. Hinweise für Überwachungsmaßnahmen:

keine

4. Weitergehende Hinweise

Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage

Sachstand:

Kenntnisnahme

Planungsziel der 2. partiellen Änderung des Flächennutzungsplans (FNP) der Gemeinde Neuzelle, OT Möbiskrüge, ist die Änderung der Darstellung einer Fläche für die Landwirtschaft in sonstiges Sondergebiet „Freiflächen-PV-Anlage“ (ca. 31 ha).

Im Parallelverfahren erfolgt die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 13 „Photovoltaikfreiflächenanlage Neuzelle / Möbiskrüge“ der Gemeinde Neuzelle.

Stellungnahme:

Rechtsgrundlagen

Kenntnisnahme

§ 50 Satz 1 Bundes-Immissionsschutzgesetz
(BImSchG)

§ 1 Abs. 6 Baugesetzbuch (BauGB)

Aus immissionsschutzfachlicher Sicht ergeben sich zur vorliegenden 2. partiellen Änderung des Flächennutzungsplans (FNP) der Gemeinde Neuzelle, OT Möbiskrüge, Stand Vorentwurf Oktober 2024, keine grundsätzlichen Bedenken.

Es wird auf die Stellungnahme des LfU, Belang Immissionsschutz, zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 13 „Photovoltaikfreiflächenanlage Neuzelle / Möbiskrüge“ der Gemeinde Neuzelle verwiesen (im Parallelverfahren).

Die Stellungnahme wird im Zuge der Auswertung zum Vorentwurf des Bebauungsplans Nr. 13 berücksichtigt.

Kenntnisnahme

5. Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung

11

Im o.g. Verfahren teile ich Ihnen keine Betroffenheit mit.

Kenntnisnahme

7. BLDAM - Abt. Bodendenkmalpflege

12

Im Bereich des o. g. Vorhabens sind derzeit keine Bodendenkmale im Sinne des Gesetzes über den Schutz und die Pflege der Denkmale im Land Brandenburg (BbgDSchG) vom 24. Mai 2004 (GVBl. Bbg. 9, 215 ff) §§ 1 (1), 2 (1)-(2) registriert.

Kenntnisnahme

Ungeachtet dessen können im Zuge von Erdarbeiten aller Art noch nicht registrierte Bodendenkmale entdeckt werden.

Unter Punkt 7.1 ist bereits ein Durchführungshinweis in der Begründung enthalten, falls es zum Auffinden von Bodendenkmalen bzw. Funden kommen sollte.

In diesen Fällen gilt BbgDSchG § 11, wonach entdeckte Bodendenkmale bzw. Funde (Steinsetzungen, Mauerwerk, Erdverfärbungen, Holzpfähle oder -bohlen, Knochen, Tonscherben, Metallgegenstände u. Ä.) unverzüglich der zuständigen Unteren Denkmalschutzbehörde und dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum anzuzeigen sind. Die Entdeckungsstätte und die Funde sind bis zum Ablauf einer Woche unverändert zu erhalten, damit fachgerechte Untersuchungen und Bergungen vorgenommen werden können. Gemäß BbgDSchG § 11 (3) kann die Denkmalschutzbehörde diese Frist um bis zu 2 Monate verlängern, wenn die Bergung und Dokumentation des Fundes dies erfordert. Besteht an der Bergung und Dokumentation des Fundes aufgrund seiner Bedeutung ein besonderes öffentliches Interesse, kann die Frist auf Verlangen der Denkmalfachbehörde um einen weiteren Monat verlängert werden. Die Denkmalfachbehörde ist berechtigt, den Fund zur wissenschaftlichen Bearbeitung in Besitz zu nehmen (BbgDSchG § 11 <4>). Die/der Veranlasser/in des Eingriffs in das Bodendenkmal hat die Kosten der fachgerechten Dokumentation im Rahmen des Zumutbaren zu tragen (BbgDSchG § 7 <3>).

Die Stellungnahme ist berücksichtigt.

Aus Gründen der Planungssicherheit und um eventuell auftretende Verzögerungen im Bauablauf zu vermeiden, besteht für die/den Vorhaberträger/in die Möglichkeit, eine bauvorbereitende archäologische Prospektion im Vorhabensbereich durchführen zu

Der Vorhabenträger hat die Durchführung einer Prospektion geprüft, sieht die Durchführung aber als nicht notwendig an. Anders als bei anderen so großflächigen Bauvorhaben gehen mit der Errichtung eines hier geplanten Solarparks nur sehr geringe Bodeneingriffe

lassen (vgl. Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur über die denkmalrechtliche Erlaubnisfähigkeit von Anlagen zur Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energien [VV EED] vom 20. Juli 2023, Amtsbl. 32 v. 16.08.2023). Hierbei handelt es sich um eine kostengünstige und schnell durchführbare Maßnahme. In einem Abstand von 25 m werden Bodenproben entnommen und nach kulturellen Hinterlassenschaften (Tonscherben, Knochen, Metallgegenstände u. Ä.) untersucht. Fällt das Ergebnis der Prospektion positiv aus, sind weitere bodendenkmalpflegerische Maßnahmen gern. BbgD-SchG §§ 7 (3), 9 (3) und 11 (3) abzuleiten und i. d. R. bauvorbereitend durchzuführen. Fällt das Ergebnis der Prospektion negativ aus, kann im untersuchten Abschnitt auf weitergehende Schutz- und Dokumentationsmaßnahmen verzichtet werden.

Die bauausführenden Firmen sind über die genannten Denkmalschutzbestimmungen zu unterrichten und zu ihrer Einhaltung zu verpflichten.

Im Genehmigungsbescheid ist festzuhalten, dass nach dem Rückbau der Solaranlage das Tiefpflügen oder sonstige intensive Bodeneingriffe im Rahmen des Rekultivierungsprozesses in ausgewiesenen Bodendenkmalflächen nicht erlaubt sind. Sollten beim Rückbau der PV-Anlage Erdeingriffe im Bereich von Bodendenkmalen stattfinden, sind diese nach BbgDSchG § 9 genehmigungspflichtig.

Hinweise:

Es können jederzeit neue Bodendenkmale auftreten. Änderungen bzw. Ergänzungen des Bodendenkmalbestandes sind jederzeit möglich und zu berücksichtigen. Die Denkmalliste wird kontinuierlich fortgeschrieben.

Unsere Stellungnahme erfolgt in Wahrnehmung der Aufgaben und Befugnisse der Denkmalfachbehörde für Bodendenkmale und als Träger öffentlicher Belange gemäß BbgDSchG § 17 (1)-(4).

Da bei dem Vorhaben auch Belange der Baudenkmalpflege berührt sein können, erhalten Sie aus unserem Hause gegebenenfalls eine weitere Stellungnahme.

einher (verbreitet nur durch die eingeramnten Gestellpfeosten, nur kleinteilig Vollversiegelungen durch Trafogebäude). Großflächige Eingriffe oder Auffindungen von Funden oder bisher unbekannten Bodendenkmalen sind daher nicht anzunehmen. Langfristige Verzögerungen sind nicht zu befürchten. Dadurch werden die in der Stellungnahme benannten Maßnahmen und Abläufe im Falle des Auffindens von Funden als ausreichend angesehen.

Der Empfehlung wird nicht gefolgt.

Die angeführten Belange können erst auf Eben der späteren Bauausführung beachtet werden.

Die Stellungnahme kann nicht berücksichtigt werden.

Kenntnisnahme

8. Zentraldienst Polizei Brandenburg, Kampfmittelbeseitigungsdienst

13

Zur Bepanung des o. g. Gebietes bestehen grundsätzlich keine Einwände.

Bei konkreten Bauvorhaben ist bei Notwendigkeit eine Kampfmittelfreiheitsbescheinigung beizubringen. Darüber entscheidet die für das Baugenehmigungsverfahren zuständige Behörde auf der Grundlage einer vom Kampfmittelbeseitigungsdienst erarbeiteten Kampfmittelverdachtsflächenkarte.

Diese Einschätzung gilt auch für zukünftige Änderungen dieses Planes.

Neuerungen bei der Verlegung von Medienträgern

Für die Verlegung von Medienträgern und die damit verbundenen erforderlichen Bodeneingriffe in Bestandstrassen in Kampfmittelverdachtsgebieten ist

Kenntnisnahme

Der bereits unter Punkt 7.1 in der Begründung enthaltene Hinweis wird ergänzt.

Aus der Stellungnahme ergeben sich redaktionelle Änderungen an den Unterlagen der FNP-Änderung.

eine Freistellung von Anträgen auf Grundstücksüberprüfung möglich.

Weitere Hinweise hierzu finden Sie unter nachfolgendem Link:

<https://polizei.brandenburg.de/fm/32/Merkblatt%20Freistellung.html>

9. Landesbetrieb Straßenwesen

14

1. Für die Aufstellung des FNP-Planes sind in Bezug auf die Bundes- bzw. Landesstraßen folgende Gesetze zu beachten:

1.1 Gemäß § 9 Bundesfernstraßengesetz (FStrG) dürfen bauliche Anlagen jeder Art außerhalb der Ortsdurchfahrten, die über Zufahrten an Bundesstraßen unmittelbar oder mittelbar angeschlossen werden sollen sowie Hochbauten jeder Art außerhalb von Ortsdurchfahrten in einer Entfernung bis zu 20 m, gemessen vom äußeren Rand der für Kraftfahrzeugverkehr bestimmten Fahrbahn, nicht errichtet werden.

In einer Entfernung bis zu 40 m ist die Zustimmung der Straßenbaubehörde erforderlich.

1.2 Gemäß § 24 Brandenburgisches Straßengesetz (BbgStrG) dürfen bauliche Anlagen jeder Art außerhalb der Ortsdurchfahrten, die über Zufahrten an Landesstraßen unmittelbar oder mittelbar angeschlossen werden sollen sowie Hochbauten jeder Art außerhalb von Ortsdurchfahrten in einer Entfernung bis zu 20 m, gemessen vom äußeren Rand der für Kraftfahrzeugverkehr bestimmten Fahrbahn, nicht errichtet werden.

In einer Entfernung bis zu 40 m ist die Zustimmung Straßenbaubehörde erforderlich.

2. Die verkehrliche Erschließung hat grundsätzlich rückwärtig über vorhandene Erschließungsstraßen bzw., wenn notwendig, über jeweils eine neue Erschließungsstraße gebündelt zu erfolgen.

In Bezug auf verkehrliche Erschließungen von Flächen bzw. Grundstücken sind mit dem Landesbetrieb Straßenwesen, Dienststätte Frankfurt (Oder), rechtzeitig Abstimmungen zu führen.

Bei der Erschließung ist die geplante Trasse der Ortsumgebung Neuzelle – Ortsumgebung Eisenhüttenstadt zu berücksichtigen.

3. Durch den Entwurf der 2. Änderung des Flächennutzungsplanes sind auch die Belange der geplanten Ortsumgebung Neuzelle betroffen, die durch die DEGES GmbH geplant wird.

Eine Abstimmung mit der DEGES ist erforderlich. Folgende Stellungnahme wurde durch die DEGES übergeben:

Wie unter Punkt 3.3.1 der Begründung beschrieben liegt die Änderungsfläche fernab von öffentlichen Straßen. Die aufgeführten Einschränkungen für Autobahnen, Bundesstraßen (FStrG) sowie Landes- und Kreisstraßen (BbgStrG) sind in der Folge für das Vorhaben-gebiet nicht relevant.

Die Stellungnahme ist berücksichtigt.

Das Plangebiet kann durch den zentral durch die Fläche verlaufenden Wirtschaftsweg erschlossen werden. Dieser verbindet im weiteren Verlauf die Ortsteile Kummro und Möbiskrüge.

Ein Anschluss an übergeordnete Straßen ist lediglich über den weiteren Verlauf der zuvor benannten Straßen und deren Anschlüsse vorgesehen.

Konflikte mit der geplanten Trasse der Ortsumgebung bestehen daher nicht. Dies wird durch die mitgeschickte Stellungnahme der DEGES bestätigt.

Die Stellungnahme ist berücksichtigt.

In die Begründung werden zusätzliche Informationen über die geplante Trasse der Ortsumgebung Neuzelle aufgenommen.

Aus der Stellungnahme ergeben sich redaktionelle Änderungen an den Unterlagen der FNP-Änderung.

Beurteilung Objektplanung Verkehrsanlagen

Die Ergänzungen des Flächennutzungsplanes Möbiskrüge haben keine Auswirkungen auf die Trasse der geplanten Ortsumgebung B112.

Kenntnisnahme

Beurteilung Fachplanung Umwelt

Artenschutz

Die Gemeinde Neuzelle plant östlich der Trasse (Änderungsfläche 1) eine Erweiterungsfläche des Gewerbegebietes (GE). Diese Änderungsfläche steht nicht im räumlichen Kontakt zu Maßnahmen des Artenschutzfachbeitrages. Des Weiteren plant die Gemeinde Neuzelle westlich der Trasse die Flächenausweisung für die Sondernutzung PV (Änderungsfläche 5). Diese Fläche SO PV schließt unmittelbar an den Flächennutzungsplan der Gemeinde Möbiskrüge an. Auch die Gemeinde Möbiskrüge sieht die Flächenausweisung für PV-Anlagen vor, so dass insgesamt eine große zusammenhängende SO-Fläche PV-Anlagen geplant wird. Die Änderungsfläche 5 tangiert unsere CEF 17 (Anlage von Brut- und Nahrungshabitaten für die Heidelerche durch die Schaffung von Trocken- und Magerbiotopen in Waldrandnähe) über eine Länge von knapp 1 km (sh. Anlage)

Die benannten Änderungsflächen 1 und 5 sind Teil der 6. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Neuzelle, OT Neuzelle, und nicht Teil der hier vorliegenden FNP-Änderung.

Die angeführte Maßnahme CEF 17 liegt gemäß mit übergebender Karte zwar in räumlicher Nähe zur hier vorliegenden FNP-Änderung, wirkt sich gemäß Stellungnahme jedoch lediglich auf die angrenzende FNP-Änderung im Bereich des Ortsteils Neuzelle aus.

Die Stellungnahme kann nicht berücksichtigt werden.

Landschaftspflegerische Begleitplanung

Die geplante 2. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Neuzelle, OT Möbiskrüge steht auch in keinem Kontakt zu Maßnahmen des Landschaftspflegerischen Begleitplans.

Kenntnisnahme

4. Der Änderung des Flächennutzungsplanes stimme ich vorbehaltlich der Beachtung meiner Forderungen und Hinweise grundsätzlich zu.

Kenntnisnahme

Hinweis: der LS ist bei der Aufstellung des FNP weiterhin zu beteiligen.

Der Landesbetrieb wird im weiteren Verfahren weiterhin beteiligt.

Die Stellungnahme ist berücksichtigt.

10. Landesamt für Bauen und Verkehr

15

Gegen die vorliegende 2. partielle Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Neuzelle, OT Möbiskrüge, bestehen im Hinblick auf die zum Zuständigkeitsbereich des Landesamtes für Bauen und Verkehr gehörenden Verkehrsbereiche Eisenbahn/Schiennenpersonennahverkehr, Binnenschifffahrt, übriger ÖPNV und Luftfahrt keine Bedenken.

Kenntnisnahme

Anlagen der Eisenbahn sowie schiffbare Landesgewässer werden nicht berührt.

Für die Verkehrsbereiche übriger ÖPNV, Schienenpersonennahverkehr, ziviler Luftverkehr (Flugplätze), Landeswasserstraßen und Häfen liegen mir Informationen zu Planungen, die das Vorhaben betreffen können, nicht vor.

Durch die verkehrsplanerische Stellungnahme bleibt die aufgrund anderer Vorschriften bestehende Verpflichtung zum Einholen von Genehmigungen, Bewilligungen oder Zustimmungen unberührt.

11. Forstamt Oder-Spree

16

Im Bereich des dargestellten sonstigen Sondergebiets mit der Zweckbestimmung „Freiflächen-PV-Anlagen“ ist kein Wald im Sinne von § 2 Waldgesetz des Landes Brandenburg (LWaldG) betroffen.

Kenntnisnahme

In der Planzeichnung ist eine direkt an das Sondergebiet angrenzende Waldfläche Gemarkung Möbiskrüge, Flur 3, Flurstücke 27,28,29 (siehe beiliegende Karte der angrenzenden Waldflächen) nicht eingezeichnet. Im Flächennutzungsplan sind angrenzend an diese Waldfläche auch keine Grünflächen als Abstand zur Waldfläche dargestellt.

Die untere Forstbehörde stimmt der 2. partiellen Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Neuzelle OT Möbiskrüge unter der Voraussetzung zu, dass die Grünflächen als Abstandsflächen zu der bisher nicht dargestellten Waldfläche in der Planung ergänzt werden.

Die mitgeteilte Fläche westlich des Geltungsbereichs wird zukünftig als Wald dargestellt.

Dabei handelt es sich lediglich um eine Richtigstellung und nicht um eine aktive Planung, da die Flächen bereits als Wald im Sinne des § 2 des Waldgesetzes einzuordnen sind. Die bisherigen Darstellungen des FNP für den OT Neuzelle werden dahingehend, unabhängig von den Planungen zur 2. Änderungen korrigiert.

In der Planzeichnung werden zusätzliche Darstellungen zu Grünflächen als Abstandsflächen zur mitgeteilten Waldfläche westlich des Geltungsbereichs ergänzt. Die Darstellung erfolgt analog zu den bisherigen Darstellungen zu Wald-Abstandsflächen.

Aus der Stellungnahme ergeben sich Änderungen an den Unterlagen der FNP-Änderung.

12. Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR)

17

Stellungnahme

Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung.

1. Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können:

Keine.

2. Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands:

Keine.

3. Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan:

Geologie:

Auskünfte zur Geologie können über den Webservice des LBGR abgefragt werden.

Außerdem weisen wir auf die im Zusammenhang mit etwaig geplanten Bohrungen oder geophysikalischen Untersuchungen bestehende Anzeige-, Mitteilungs- oder Auskunftspflicht hin (§ 8ff Gesetz zur staatlichen geologischen Landesaufnahme sowie zur Übermittlung, Sicherung und öffentlichen Bereitstellung geologischer Daten und zur Zurverfügungstellung geologischer Daten zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben (Geologiedatengesetz-GeoidG)).

Kenntnisnahme

Kenntnisnahme

Kenntnisnahme

14. Landesbüro anerkannter Naturschutzverbände GbR

18

Die Verbände bedanken sich für die Beteiligung und verweisen auf unsere Stellungnahme vom 27.07.2021 zum BP Nr. 01 „SO-Windpark Möbiskrüge-Ossendorf-Neuzelle“, die Ihnen vorliegt.

Ein Bezug auf die Stellungnahme zum Bebauungsplan Nr. 01 ist für die Gemeinde nicht nachvollziehbar, da sowohl ein deutlicher zeitlicher Verzug besteht als auch vorliegend ein gänzlich anderes Verfahren geführt wird. Zudem liegt eine erhebliche räumliche Distanz zwischen beiden Plangebieten vor.

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Damals ging es um die Errichtung von Windkraftanlagen, wobei auch Waldflächen überplant wurden. Letzteres haben die Verbände jedoch immer strikt abgelehnt.

Auch eine Beeinträchtigung von Wald und/oder Überbauung von Lebensräumen/Nahrungs-/Jagdflächen von waldbesiedelnden Tierarten wird kritisch gesehen und muß im Vorfeld fachgerecht untersucht werden (Artenschutzfachbeitrag).

Der sachliche Teilplan „Erneuerbare Energien“ Oderland-Spree liegt vorerst im Entwurf vor und ist noch nicht rechtskräftig. Die dortigen Empfehlungen sowie die aus dem Entwicklungskonzept der Gemeinde Neuzelle sind zu beachten.

Die Verbände weisen vorsorglich darauf hin, daß die Inanspruchnahme von Waldflächen und/oder ökologisch wertvollen Grünflächen sowie Ackerflächen mit höherer Bodenzahl (über 26) kritisch gesehen werden.

Es sollte daher die Flächennutzungsplanänderung nicht vorgelagert, sondern im Parallelverfahren erfolgen, da im Zuge der Bauleitplanung Unterlagen erstellt werden, die Aufschluß darüber geben, ob der Standort für die Errichtung von Photovoltaikanlagen geeignet ist und ob aus naturschutzfachlicher Sicht alle Belange ausreichend berücksichtigt werden können und eine Kompensation im notwendigen Ausmaß möglich ist.

Sollten sich im Bauleitplanverfahren Konflikte ergeben, die nicht lösbar sind, wäre eine FNP-Änderung gegenstandslos.

Wir bitten um weitere Beteiligung am laufenden Verfahren zuzüglich der Kenntnissgabe der Abwägungsentscheidung.

Vorsorglich bitten wir auch um Beteiligung im Bauleitplanverfahren.

In den vorliegenden Planungen werden keine Waldflächen in Anspruch genommen.

Zu den angrenzenden Waldflächen werden darüber hinaus Abstandsflächen durch entsprechende Darstellungen sichergestellt.

Die Stellungnahme ist berücksichtigt.

In der Begründung werden zusätzliche Ausführungen zum Verhältnis der Planungen zu den Inhalten bzw. dem Kriteriengerüst des TRP EE aufgenommen.

Aufgrund des aktuellen Verfahrensstands des TRP EE wird dieser als sonstiges Erfordernis der Raumordnung behandelt.

Die unter Punkt 5.3 der Begründung getätigten Aussagen zur Beachtung der Inhalte des Entwicklungskonzepts werden ergänzt.

Aus der Stellungnahme ergeben sich Änderungen an den Unterlagen der FNP-Änderung.

In den vorliegenden Planungen werden keine Waldflächen in Anspruch genommen. Zu den angrenzenden Waldflächen werden darüber hinaus Abstandsflächen durch entsprechende Darstellungen sichergestellt.

Die Gemeinde hat sich selbst ein Entwicklungskonzept gegeben, in dem Flächen im Gemeindegebiet herausgearbeitet werden, die sich für Freiflächen-Photovoltaik eignen. Dabei sind auch die vorliegenden Bodenzahlen berücksichtigt worden. Die vorliegend betrachtete Fläche ist dabei als Eignungsfläche festgelegt worden.

Die unter Punkt 5.3 der Begründung getätigten Aussagen zur Beachtung der Inhalte des Entwicklungskonzepts werden ergänzt.

Aus der Stellungnahme ergeben sich Änderungen an den Unterlagen der FNP-Änderung.

Das Landesbüro wird sowohl im weiteren Verfahren der vorliegenden FNP-Änderung als auch zum parallelen Bebauungsplan beteiligt.

Die Stellungnahme ist berücksichtigt.

15. Deutsche Telekom Technik GmbH

19

Im Planbereich befinden sich keine Telekommunikationslinien der Telekom.

Für zukünftige Erweiterung des Telekommunikationsnetzes sind in allen Verkehrswegen geeignete und ausreichende Trassen für die Unterbringung der Telekommunikationslinien der Telekom vorzusehen.

Wir werden zu gegebener Zeit zu den noch aus dem Flächennutzungsplan zu entwickelndem Bebauungsplan eine detaillierte Stellungnahme abgeben.

Für den geplanten Solarpark ist in der Regel kein Anschluss an die Telekommunikationsnetze der Telekom notwendig.

Die Stellungnahme ist berücksichtigt.

16. EWE Netz GmbH

20

In dem angefragten Bereich betreiben wir keine Versorgungsleitungen oder -anlagen. Die EWE NETZ GmbH ist daher nicht betroffen.

Kenntnisnahme

18. Trinkwasser- und Abwasserzweckverband Oderaue (TAZV)

21

Die Belange des Verbandes werden durch die Änderung des FNP nicht berührt.

Kenntnisnahme

20. Stadt Eisenhüttenstadt

22

In der Begründung zur 2. Partiellen Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Neuzelle, OT Möbiskrüge ist zur Anbindung der geplanten PV-Freiflächenanlage auf Seite 14, unter der Randnummer 100 Folgendes vermerkt: „Ein Anschluss der in der Änderungsfläche geplanten Freiflächen-PV-Anlage an das Übertragungsnetz ist im Bereich der nördlich der Gemeinde Neuzelle gelegenen Nachbarkommunen geplant. Details können erst im Rahmen des konkreten Bauantragsverfahrens bestimmt werden.“

Die Stadt Eisenhüttenstadt geht davon aus, dass es sich beim Anschluss an das Übertragungsnetz um die 110 kV-Leitung im Ortsteil Diehlo handelt. Diese Hochspannungsleitung verläuft in südliche Richtung auch durch das Gebiet der Gemeinde Neuzelle, in einem Abstand von ca. 2 km westlich des Geltungsbereiches des gegenständlichen Verfahrens.

Zeitgleich befindet sich die 1. Partielle Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Neuzelle, OT Möbiskrüge westlich des gegenständlichen Verfahrens in Aufstellung. Dieses Verfahren dient der Errichtung eines Windparks für 8 Windkraftanlagen. Bezüglich dieses Verfahrens wird zur Stromabführung in der Begründung auf Seite 12 Folgendes ausgeführt: „Natürlich muss der gewonnene Strom ins Netz abgeleitet werden. Das erfolgt ausschließlich über Kabel, die bis zum Einspeisepunkt vorzugsweise an vorhandenen Wegen verlegt werden. Das Ableiten des gewonnenen Stromes ist nicht Gegenstand der Bauleitplanung.“

Der Geltungsbereich dieses Verfahrens reicht bis auf 500 m an die 110 kV-Leitung in der Gemeinde Neuzelle heran. In unmittelbarer Nähe befindet sich in der Gemarkung Kebbeln, Flur 1, Flurstück 9 ein Umspannwerk. Des Weiteren befindet sich in der Gemarkung Ossendorf Flur 1 auf den Flurstücken 327 und 329 ein weiteres Umspannwerk in einem Abstand von ca. 3 km zum gegenständlichen Verfahren.

Hinsichtlich eines schonenden Umganges mit Grund und Boden, dessen Umnutzung u. a. bei landwirtschaftlich und als Wald genutzten Flächen nur im notwendigen Maße erfolgen soll (§ 1 a Abs. 2 1. Halbsatz sowie Satz 2 BauGB); einer flächensparenden, die Bodenversiegelung auf das notwendige Maß begrenzende und den Außenbereich schonende (§ 35 Abs. 5

Wie in der Begründung beschrieben, können Details zum Netzanschluss erst im Rahmen des konkreten Bauantragsverfahrens bestimmt werden.

Ein Anschluss an die benannte Leitung steht daher gegenwärtig noch nicht fest.

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Zum einen kann im vorliegenden Verfahren lediglich das geplante Vorhaben (hier: ein Solarpark) betrachtet werden und keine Aussage/Planung für ein anderweitiges Bauleitplanverfahren getätigt werden. Zum anderen ist der Netzanschluss außerhalb des Geltungsbereichs generell nicht Planungsinhalt von Bauleitplänen.

Nichtsdestotrotz wirkt die Gemeinde auch außerhalb von Bauleitplanverfahren darauf hin bauliche und anlagenseitige Synergien zu nutzen und so umweltseitige Eingriffe auf das nötige Maß zu begrenzen.

Die Stellungnahme ist berücksichtigt.

Satz 1 BauGB) sowie das Landschaftsbild hinsichtlich seiner Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie des Erholungswertes (§ 1 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG) schützende Weise, sollte daher die Möglichkeit der Einspeisung ins Stromnetz an einem der beiden aufgeführten und bereits bestehenden Umspannwerke in der Gemeinde Neuzelle geprüft werden.

22. Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr

23

Vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage werden Verteidigungsbelange nicht beeinträchtigt. Es bestehen daher zum angegebenen Vorhaben seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände.

Kenntnisnahme

23. 50Hertz

24

Nach Prüfung der Unterlagen teilen wir Ihnen mit, dass sich im Plangebiet derzeit keine von der 50Hertz Transmission GmbH betriebenen Anlagen (z. B. Hochspannungsfreileitungen und -kabel, Umspannwerke, Nachrichtenverbindungen sowie Ver- und Entsorgungsleitungen) befinden.

Diese Stellungnahme gilt nur für den angefragten räumlichen Bereich und nur für die Anlagen der 50Hertz Transmission GmbH.

Kenntnisnahme

25. Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg

25

Nach Prüfung der vorgelegten Unterlagen zum Vorentwurf der 2. partiellen Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Neuzelle, OT Möbiskrüge (Stand: Oktober 2024) wird von Seiten der Gemeinsamen Oberen Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg (LuBB) mit Bezug auf § 31 Abs. 2 Luftverkehrsgesetz (LuftVG) wie folgt Stellung genommen:

Kenntnisnahme

1. Das Planungsgebiet befindet sich im Zuständigkeitsbereich der LuBB.
2. Die Belange der zivilen Luftfahrt werden aus luftverkehrsrechtlicher Sicht durch das o. g. Verfahren nicht berührt.
3. § 18a LuftVG (Störung von Flugsicherungseinrichtungen) steht dem obigen Vorhaben nicht entgegen.
4. Es bestehen derzeit keine Bedenken gegen den Vorentwurf zur 2. partiellen Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Neuzelle, OT Möbiskrüge (Stand: Oktober 2024).

Begründung:

Das Planungsvorhaben liegt bei Neuzelle, im Landkreis Oder-Spree des Bundeslandes Brandenburg.

Der nächstgelegene Hubschrauber-Sonderlandeplatz (HSLP) Städtisches Krankenhaus Eisenhüttenstadt befindet sich ca. 5,3 km nördlich der Planungsfläche.

Kenntnisnahme

Dieser HSLP wird auf Grundlage einer gültigen luftrechtlichen Genehmigung gem. § 6 LuftVG für die Durchführung von Flügen im Sichtflugverfahren am Tag und in der Nacht betrieben. Es wurde kein Bauschutzbereich gem. §§ 12, 17 LuftVG bestimmt. Zur Beurteilung von Luftfahrthindernissen ist die „Bekanntmachung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Genehmigung der Anlage und des Betriebs von Hubschrauberflugplätzen“ (NfL I 36/06) zu beachten.

Ihr Planungsvorhaben befindet sich außerhalb der relevanten Hindernisfreiflächen des HSLP Eisenhüttenstadt.

Der Verkehrslandeplatz (VLP) Eisenhüttenstadt liegt ca. 11 km nördlich des Planungsvorhabens. Der VLP Eisenhüttenstadt wird auf Grundlage einer gültigen luftrechtlichen Genehmigung gem. § 6 LuftVG für die Durchführung von Flügen im Sichtflugverfahren am Tag und in der Nacht betrieben. Es wurde kein Bauschutzbereich gem. §§ 12, 17 LuftVG bestimmt. Zur Beurteilung von Luftfahrthindernissen sind die „Gemeinsamen Grundsätze des Bundes und der Länder für die Anlage und den Betrieb von Flugplätzen für Flugzeuge im Sichtflugbetrieb“ in den Nachrichten für Luftfahrer (NfL) I 92/13 und die „Gemeinsamen Grundsätze des Bundes und der Länder für die Genehmigung der Anlage und des Betriebs von Segelfluggeländen“ (NfL) 1-1679/19 zu beachten.

Ihr Planungsvorhaben beeinträchtigt die Hindernisfreiflächen des VLP Eisenhüttenstadt nicht.

Insgesamt befindet sich das Planungsvorhaben außerhalb von Bauschutzbereichen gem. §§ 12, 17 LuftVG und Hindernisbegrenzungsflächen ziviler Flugplätze (Verkehrs-, Sonder-, Hubschrauber-Sonderlandeplätzen) sowie Segel- und Modellfluggeländen.

Die geplante Ausweisung eines Sonstigen Sondergebietes mit der Zweckbestimmung: Freiflächen-PV-Anlage ist nicht geeignet, luftverkehrsrechtliche Belange zu beeinträchtigen. Die Verwendung blendfreier Oberflächen bei PV-Modulen wird vorausgesetzt.

Der angeführte Belang zur blendfreien Ausführung kann erst auf Eben der späteren Bauausführung bzw. im Bauantragsverfahren beachtet werden.

Die Stellungnahme kann nicht berücksichtigt werden.

Das Plangebiet liegt außerhalb von Schutzbereichen ziviler Flugsicherungsanlagen (vgl. § 18a LuftVG).

Kenntnisnahme

Es bestehen keine Bedenken gegen den Vorentwurf zur 2. partiellen Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Neuzelle, OT Möbiskrüge (Stand: Oktober 2024).

Hinweise:

1. Sollten die geplanten Inhalte/Gebiete des o. g. Planungsvorhabens geändert werden, wird darum gebeten, die entsprechenden Planunterlagen bei der Luftfahrtbehörde erneut zur Prüfung einzureichen.
2. Zur Abklärung eventueller militärischer Belange wenden Sie sich bitte an das Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (BAIUDbw), Postfach 2963, 53019 Bonn.
3. Weitere Informationen über die Lage und Hindernisfreiflächen zu einzelnen Landeplätzen finden Sie unter: <https://lubb.berlin->

Kenntnisnahme

Das Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr ist ebenfalls vom Vorentwurf unterrichtet worden und hat keine Einwände vorgebracht.

Die Stellungnahme ist berücksichtigt.

Kenntnisnahme

brandenburg.de/aufgaben/flugplaetze-berlin-brandenburg.

Um Überlassung einer Kopie des Abwägungsbeschlusses wird gebeten.

Nach erfolgtem Abwägungsbeschluss wird eine Mitteilung über das Abwägungsergebnis versandt.

Die Stellungnahme ist berücksichtigt.

28. Stadt Guben

26

Seitens der Stadt Guben besteht keine Betroffenheit durch die vorgesehenen Planungen. Etwaige beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen der Stadt Guben werden durch die o. g. Pläne nach aktuellem Sachstand nicht berührt.

Von der Stadt Guben ergeben sich keine weiteren Hinweise.

Kenntnisnahme

30. Gubener Wasser- und Abwasserzweckverband (GWAZ)

27

Der räumliche Geltungsbereich der Änderungsflächen des oben genannten Flächennutzungsplanes liegt außerhalb des Verbandsgebietes des Gubener Wasser- und Abwasserzweckverbandes (GWAZ). Einen Übersichtplan zur Veranschaulichung erhalten Sie mit diesem Schreiben.

Die Belange des GWAZ werden von der Änderung des Flächennutzungsplanes nicht berührt.

Kenntnisnahme